

Schwur des Bundeskanzlers für die deutsche Einheit

Berlin (Eigenmeldung). Die Wiedervereinigung Deutschlands ist seit dem Juni-Aufstand der Zone und Ostberlins in den Vordergrund der internationalen Politik gerückt. Überall hat man erkannt, daß den Deutschen das Recht auf Einheit und Freiheit endlich zuerkannt werden muß.

Auf der Trauerfeier für die Opfer des 17. Juni hat Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Schöneberger Rathaus den Eid geleistet, nicht zu ruhen, bis Deutschland wieder vereinigt ist. Er sagte:

„Das ganze deutsche Volk hinter dem Eisernen Vorhang ruft uns zu, seiner nicht zu vergessen, und wir schwören ihm zu in dieser feierlichen Stunde: wir werden seiner nicht vergessen! Wir werden nicht ruhen, und wir werden nicht rasten — diesen Schwur lege ich ab für das gesamte deutsche Volk —, bis auch sie wieder Freiheit haben, bis ganz Deutschland wieder vereint ist in Frieden und in Freiheit.“

Bundesminister Jakob Kaiser erklärte: „Wir bekennen uns zu einer Politik der Wiedervereinigung, die dem entschlossenen Willen der Männer und Frauen vom 16. und 17. Juni gerecht wird.“

Am Tage zuvor hatte der Bundeskanzler an den amerikanischen Präsidenten Eisenhower folgendes Telegramm geschickt:

„Die Bevölkerung des Ostsektors Berlins und der Ostzone hat sich trotz des Einsatzes sowjetischer Truppen und Panzer waffenlos gegen das Regime des Terrors und der Gewalt erhoben und ihr Freiheitsrecht gefordert. Nichts zeigt besser als der Aufschrei dieser gequälten Menschen, wie unhalt-

bar die Zustände in diesem Gebiet in der Mitte Europas sind. Ich darf an Sie, verehrter Herr Präsident, den dringenden Appell richten, entsprechend der der amerikanischen Regierung notifizierten Entschließung des deutschen Bundestages vom

10. Juni alles in ihren Kräften Stehende zu tun, daß diese Zustände beseitigt, die verletzten Menschenrechte wiederhergestellt und dem ganzen deutschen Volk die Einheit und Freiheit wiedergegeben werden.“

Telegramme mit ähnlichem Wortlaut gingen dem britischen Ministerpräsidenten Sir Winston Churchill und dem amtierenden französischen Ministerpräsidenten René Mayer zu.

Churchill: Wiedervereinigung!

London (AP/DPA). Premierminister Churchill übersandte dem Bundeskanzler als Antwort auf sein Telegramm eine Botschaft. Darin heißt es:

„Ich stimme völlig mit Ihnen darin überein, daß die jüngsten Ereignisse in Berlin und in Ostdeutschland von neuem die dringende Notwendigkeit gezeigt haben, Deutschland in die Lage zu versetzen, sich wieder unter freiheitlichen Verhältnissen zu vereinigen und unter Bedingungen, die den Frieden in Europa fördern.“

Die in der Note der Westmächte vom September 1952 an die Sowjetregierung enthaltenen Vorschläge seien die einzige Grundlage, um die Wiedervereinigung zu erreichen.

In dieser Note wurden als Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands genannt: Freie Wahlen in Deutschland, die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung und Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit dieser Regierung.

Bonn (AP/DPA). In seiner Antwort auf das Telegramm des Bundeskanzlers betont der amerikanische Präsident Eisenhower

„Wenn auch die Kommunisten durch die gewaltigen Demonstrationen in Ostdeutschland gezwungen werden sollten, ihren Kurs zu ändern, so scheint es dennoch klar, daß die Sicherheit und Zukunft der Bevölkerung Ostdeutschlands nur gesichert werden kann, wenn dieses Gebiet mit dem Westdeutschlands durch freie Wahlen wieder vereinigt wird, so, wie wir es den Sowjets in unseren Noten vom 23. September 1952 vorgeschlagen haben.“

In Mayers Antwort heißt es, die Organisation eines einigten Europas stehe keineswegs im Widerspruch zu einem friedlichen Nebeneinanderbestehen Europas und Rußlands, sobald die UdSSR durch die Wiedervereinigung Deutschlands die Grundsätze anerkennt, die in der Note vom 23. September aufgeführt sind.

Bis an die äußerste Grenze!

Von Wilhelm Gries

Während die Staatsmänner des Westens seit Wochen und Monaten überlegen, welche nächsten Züge sie in dem großen weltpolitischen Spiel mit Moskau machen könnten, ist etwas ganz Ungewöhnliches geschehen. Einfache Arbeiter von Ostberlin und der Zone haben ihnen eine Trumpfkarte auf den fein polierten Tisch geschmettert, die sie nur aufzunehmen brauchen, um auf den rechten Weg zu geraten. Diese Arbeiter, denen sich schließlich das ganze Volk zugesellte, haben die Diktatur des Kommunismus in ihrer ganzen Nacktheit so bloßgestellt, daß sie sich von diesem Schlag nicht mehr erholen wird. Heute ist für die ganze Welt überzeugend klargestellt, daß diese Diktatur nur aus der Macht Moskaus existiert und von den Deutschen als Werkzeug fremder Interessen mit Empörung abgelehnt wird. Für den Wissenden ist das nicht neu. Neu ist nur die dramatische Handlung, die das am 16. und 17. Juni enthüllte. Sie hat in sich die Kraft, Geschichte zu machen, wenn die Berufenen sie in geeigneter Weise fortführen.

Waffen? Das starke Herz!

Aber Europa hat keine Waffen? Nein, nicht so! Vor diesen Waffen ist anderes wichtiger. Die tapferen Männer und Frauen, die jenes geschichtliche Ereignis schufen, hatten ebenfalls keine Waffen — nicht eine einzige. Aber sie alle hatten etwas, das mehr ist als eine Waffe: sie hatten ein starkes Herz, das für die Freiheit schlägt. Welch unerhörtes Bild: der nach Befreiung rufende Mensch, der furchtlos dem Ungetüm eines Panzers gegenübersteht! In dem Mut zu dieser Begegnung liegt bereits der moralische Sieg. Solchen Mut, offensiv ins Freie zu treten und mit dem Gegner in diplomatischer „Bewegungsschlacht“ zu ringen, braucht auch die Politik.

Das ist die eine Lehre Ost-

berlins: das Beispiel. Gewiß, die freie Welt braucht Waffen, aber Waffen nur zur Verteidigung, nur zu Abwehr einer echten militärischen Aggression. Es ist bereits ein verhängnisvolles Versagen, daß aus Furcht so manches geschieht oder unterbleibt, was dann die Furcht in der Welt nur noch vermehrt. Der noch anhaltende militärische Rückstand des Westens gegenüber der hochgerüsteten Sowjetunion ist hier an erster Stelle zu nennen. Doch zur Durchführung einer zielbewußten Politik braucht die freie Welt nicht zuerst Waffen, sondern zuvor vor allem Haltung.

Der Schrei nach Einheit

Die zweite Notwendigkeit, die sich aus diesem geschichtlichen Ereignis ergibt, hat der amerikanische Senator Humphrey in einem Entschließungsentwurf sehr richtig gekennzeichnet. Er spricht der deutschen Bevölkerung die höchste Bewunderung für ihren Widerstand gegen den kommunistischen Totalitarismus aus, fordert aber zugleich die Regierung auf, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Wiedervereinigung Deutschlands herbeizuführen“. Das ist in der Tat die bei weitem wichtigste Folgerung, die aus der Erhebung der Zone zu ziehen ist. Wer sie am grünen Tisch mit der billigen Begeisterung der Etappe nur als einen Ausbruch des Abscheus gegen eine volksfremde Diktatur zur Kenntnis nimmt, der geht gründlich in die Irre. Sie war vielmehr in höchster Not ein Schrei zum Himmel auch um die Wiedervereinigung Deutschlands. Sie kann und darf nicht übersehen werden. Die erregten Massen der Zone haben nicht nur der deutschen Freiheit, sondern auch der Einheit eine Gasse gebahnt. Die Staatsmänner des Westens müssen in sie nachstoßen.

Größter Sieg: freie Wahlen

Das heißt aber, daß das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur mit diplomatischen Worten, sondern mit konkreten Handlungen an die erste Stelle der deutschen Befreiungspolitik gerückt werden muß. Nur dann wird das Ver-

mächtnis derer erfüllt, die jetzt für die Freiheit und Einheit Deutschlands gefallen sind. Es genügt nicht, die Hunderttausende, die den ungewöhnlichen Mut fanden, einem brutalen System auf offener Straße Auge in Auge entgegenzutreten, in aller Welt zu feiern. Wichtiger ist es, sie in ihrem höchsten Anliegen nicht im Stich zu lassen. Sie müssen sehen und wissen, daß das, was sie begannen, mit diplomatischen Mitteln in der gleichen offensiven Haltung fortgesetzt wird mit dem unbändigen Willen dazu, den Sowjets die Einheit und Freiheit Deutschlands abzutrotzen. Dazu gehören Initiative, Offensivgeist und Mut, möglicherweise sogar der Mut, bisherige Konzeptionen einer deutsch-europäischen Politik vorübergehend zu ändern, falls sie jenes unmittelbare Ziel erschweren. Wer auch nur die geringste Vorstellung davon hat — und heute sollte jeder sie haben —, mit welchem einzigartigen Triumph freie Wahlen in Ostberlin und der Zone enden werden, der spürt zugleich auch, welches unerhörte Ereignis dieser Sieg in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West bedeuten würde. Er wäre bedeutungsvoller sogar als die EVG, die Frankreich zum ewigen Fragezeichen macht, bevor sie — vielleicht — Wirklichkeit werden kann.

Der Weg und seine Parallele

Wir sagen nicht, daß dieser Weg Erfolg haben wird; das ist nicht vorauszusehen. Aber wir spüren, daß er gegangen werden muß. Die unverminderte Notwendigkeit zur Stärkung der freien Welt ist nicht etwa die Alternative jenes Weges, sondern seine ergänzende Parallele, die ebenfalls kühn und scharf gezogen werden muß. Nur darf diese Parallele nicht den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands verschließen, der vielmehr bis an die äußerste Grenze des unter dem Gesichtspunkt der Freiheit und Sicherheit Deutschlands Erträglichsten versucht werden muß, — zum Scheitern oder zum Gelingen. Was danach kommt, so oder so, das wird dann um vieles leichter sein.

Nationaler Gedenktag

Bonn (Eigenmeldung). Der 17. Juni soll zum nationalen Gedenktag und damit zum gesetzlichen Feiertag erhoben werden.

Untersuchungs-ausschuß 17. Juni

Berlin (DPA). Die Deutsche Liga für Menschenrechte, Sitz Berlin, hat einen „Untersuchungsausschuß 17. Juni“ gebildet. Er soll die deutsche Volkerhebung im Juni 1953 in Ostberlin und in der Sowjetzone untersuchen.

Augenzeugen-Berichte gesucht

Berlin (Eigenmeldung). Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen legt am Wochenende unter dem Titel „Volksaufstand in Berlin“ der Weltöffentlichkeit die erste dokumentarische Darstellung der Volkerhebung vor. Diese Veröffentlichung schildert an Hand von Berichten und Bilddokumenten die Entwicklung, die zum Aufstand führte.

Angesichts der großen geschichtlichen Bedeutung der Volkerhebung ist das Ministerium damit beschäftigt, weiteres Zeugenmaterial und urkundliche Beweise über die Vorgänge zusammenzustellen. Deshalb ergeht an alle, die den Volksaufstand an Ort und Stelle miterlebt haben, die Bitte, dem Ministerium eine schriftliche Darstellung der Vorgänge sowie eventuelle Bilder und Plakate zur Verfügung zu stellen. Es wird zugesichert, daß alle Namen streng geheimgehalten werden. Anschrift: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Abteilung II, Berlin W 15, Bundesallee 216 bis 218.

Ein Gedenkkreuz

Berlin (DPA). Etwa 20 Meter von dem sowjetischen Panzerdenkmal in Zehlendorf entfernt, wurde ein sieben Meter hohes Holzkreuz als Mahnmal für die Opfer des Aufstandes errichtet.

In Form eines Gedenkmals für die Opfer des Juni-Aufstandes wurde im Treppenhaus des Berliner Bundeshauses ein überlebensgroßes Foto des standrechtlich erschossenen Willi Götting aufgestellt.

Der große Brand

R. Ma. Über den Toten des 17. Juni, denen ganz Deutschland die letzte Ehre erwies, läutete die Freiheitsglocke — nicht die Totenglocke. Und kurz wie die Beerdigung eines toten Kameraden im Felde, war die Trauerfeier vor dem Schöneberger Rathaus.

Es war ein Kriegsbegegnis. Jeder spürte: Nicht die Toten eines Aufstandes, der nun zu Ende ist, werden hier zur letzten Ruhe geleitet, sondern die Gefallenen eines Kampfes, der nie mehr zur Ruhe kommen wird, ehe nicht auch äußerlich wieder ein einheitliches Deutschland entstanden ist.

Die Menschen, die in der Zone und Ostberlin marschierten, haben nach acht Jahren zum erstenmal ihre Kraft gespürt, als sie Seite an Seite vor sowjetischen Panzern standen. An einem einzigen Tage ist die Isolierung der Angst von ihnen abgefallen, auf die das Regime seine Macht baute. Dieser Tag läßt sich niemals mehr rückgängig machen. Mit Versprechungen nicht und nicht mit Gewalt, Terror kann nur regieren, solange die Menschen ihn fürchten. Die Bevölkerung der Sowjetzone fürchtet ihn nicht mehr. Der einzelne weiß wieder, daß er ein Mensch ist mit Menschenrechten und alle wissen, daß sie ein gemeinsames Ziel haben — und die Kraft, es zu erreichen.

Unfaßbar für jeden, der es nicht selbst miterlebt hat, sind die Geschehnisse dieser Tage in der Sowjetzone. Abgeschnitten von der freien Welt, ohne genaue Kenntnis der Entwicklung, hat die Bevölkerung von Eisenach bis Görlitz, ganz auf sich allein gestellt, fast zur gleichen Stunde die Angst abgeworfen. Hat in den Straßen Freiheit und ein einheitliches Deutschland gefordert. Gefangene befreit und Rathäuser gestürmt. Jeder für sich — und doch taten alle das gleiche.

Ein solcher Massen-Aufbruch endet nicht in zwei Tagen. Er endet nicht vor Kanonen und Divisionen. Die Berichte aus der Zone beweisen es. Sie beweisen noch mehr: Ein solcher Massen-

Aufbruch hört nicht vor Parteiabzeichen und Uniformen auf. Es hat SED-Mitglieder gegeben, die Streikleiter wurden, und Volkspolizisten, die die Uniform wegwarfen. Es gibt heute SED-Betriebsleiter, die versuchen, ihre Arbeiter vor den Massenverhaftungen des SSD zu decken, und Hausobleute, die die Augen nicht niederzuschlagen brauchen, wenn sie über den Hof gehen. Die Legionen von Spitzeln und Funktionären, über die die SED zu verfügen schien, sind gelichtet. An einem einzigen Tag hat jeder von jedem erfahren, ob er ein Deutscher ist oder nicht.

Deutschland trauert um die Toten des 17. Juni. Aber es ist keine stumpfe Trauer, kein Ende. Es ist der Anfang gesamtdeutschlands. Auch in der großen Politik. Die Zone gehört nun endgültig und offen wieder zum Westen. Sie wird im Bundestag, der nun auch ihr Parlament ist, vertreten sein. Und die Welt wird das Recht der Deutschen, wieder ein Volk zu sein, nicht mehr nur als Tagesordnungspunkt behandeln können.

Die Zone weiß in ihrer Abgeschlossenheit vielleicht noch nicht das ganze Ausmaß dessen, was sie geleistet hat, so wie jeder Außenstehende nicht erfassen kann, was in der Zone selbst geschah und geschieht.

Die Straßen mögen leer sein, das Gespenst des Hungers mag umgehen... der große Brand hat sich in das Land hineingefressen. Er schwelt unter der Oberfläche, bricht immer wieder aus. Auf dem flachen Land wie in den Städten. Und auch dort, wo Arbeiter in Gaststätten zusammensitzen und einer mit einem ganz gewissen Unterton sagt: „So viele Saboteure — und gleich bis Görlitz! Hättest ihr das je geglaubt?“ Er schwelt weiter, wo Menschen die Angst vor dem Zuchthaus und dem Volksrichter verloren haben. Auch die Gefängnismauern sind seit dem 17. Juni nicht mehr unüberwindlich. Und auch nicht die Grenzen. Der Brand in der Zone hat bereits auf Ungarn übergreifen — wo wird er morgen aufflackern?

Echo der Welt: Fanal für die Freiheit

Mahnung an den Westen — Taten müssen folgen

Berlin (Eigenmeldung). Die Presse der freien Welt hat uneingeschränkt ihre Bewunderung für die Freiheitskämpfer des 17. Juni geäußert. Extrablätter wurden herausgegeben. Immer wieder wird verlangt, daß nun der Westen dem Beispiel Mitteleuropas zu folgen habe, indem er entschieden für die deutsche Einheit eintritt. Der Aufstand der Bevölkerung der Sowjetzone müsse nun durch eine politische Offensive fortgesetzt werden.

Die unabhängige Washingtoner Zeitung „News“ vertritt die Auffassung, daß die Unruhen Hauptthema bei der Bermuda-Konferenz der Westmächte sein werden. Die Vorgänge müßten jetzt endgültig die Forderungen der Westmächte nach freien Wahlen in der Sowjetzone erhärten.

„Wenn die Auflehnungen gegen die russische Herrschaft andauern, muß die gesamte westliche Politik im Heißen und Kalten Krieg überprüft werden.“

Die „New York Times“ ist der Ansicht: „Zur Zeit hat der Westen die Initiative. Welchen Gebrauch er hiervon zu machen versteht, kann durchaus das zukünftige Schicksal Europas und der Welt entscheiden.“

Der linkssozialistische Pariser „Franc-Tireur“ erinnert daran, daß ohne Sowjetpanzer der Arbeiteraufstand das SED-Regime bereits hinweggefegt hätte.

Im Westen müßte der Alarmschrei aus Prag und Pilsen, aus Ostberlin und Leipzig die Vorstellungskraft in Richtung auf wirkungsvolle Kundgebungen der Solidarität anspornen.

„Wie aber auch der Ausgang der Bewegung sein mag, die Arbeiterklasse in Ostdeutschland hat in wenigen Tagen mehr für die Einheit Deutschlands getan, als die Diplomaten in mehreren Jahren.“

„Arbeiter von Berlin, ihr habt uns das schönste Beispiel gegeben! Ihr habt eure Zukunft durch eure Revolte gesichert. Welche Wendung die Dinge auch immer nehmen werden, ihr habt gesiegt“, schreibt die Pariser Zeitung „Le Populaire“. „Ihr habt denen, die seit 36 Jahren unter dem Vorwand des Sozialismus alle Hoffnung auf eine Befreiung der Arbeiter

zunichte machen, die Maske heruntergerissen.“

Die „Times“ schreibt: „Die Sowjets sind gezwungen, vor den Augen der Welt ihre Truppen einzusetzen, um eine öffentliche Bekundung des deutschen Wunsches nach Einheit und Freiheit zu unterdrücken. Wenn es in naher Zukunft zu Viermächte-Verhandlungen über Deutschland kommen würde, würden die Sowjets aus einer Position der Schwäche verhandeln.“

Die liberale „News Chronicle“ sieht in den Ostberliner Ereignissen die bedeutsame Garantie dafür, „daß sich das deutsche Volk in einem vereinten Deutschland nicht dem Osten zuwenden wird“.

Die Züricher „Tat“ ist der Auffassung, daß der Aufruhr nicht geplant war. „Er hatte keine Führung. Er war ein wirkliches Spontanereignis. Zum

erstenmal hat in der ‚Volksdemokratie‘ das Volk zeigen können, wie ihm zumute ist. Die Folgen sind unabsehbar.“

Die „Baseler Nationalzeitung“ ist der Ansicht, daß die Vorgänge in Ostberlin das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands und der dazu notwendigen Viererkonferenz in einer Weise aktualisiert haben, daß kaum jemand mehr für eine Politik des Abwartens zu haben sein wird. „Was Westdeutschland in all den Jahren seit dem Kriege nicht gelungen ist, das Vertrauen der Engländer in die politische Zuverlässigkeit der Deutschen zu gewinnen, haben die Berliner in einem Tage erreicht.“

Das schwedische Blatt „Stockholm Tidningen“ wendet sich an den Westen: „Nach den Ereignissen in den althistorischen Hauptstraßen Berlins ist eine Rückkehr zu den vorsichtigen unentschlossenen Manövern in Richtung auf eine diplomatische Lösung, die Moskau in letzter Zeit begonnen hatte, nicht mehr möglich. Jetzt ist auf allen Seiten ein schnelleres Tempo mit kühnen Improvisationen erforderlich.“

Empörung über die Sowjets

Washington (DPA). Die beiden großen Parteien in den Vereinigten Staaten, die Republikaner und die Demokraten, brachten im Repräsentantenhaus eine Resolution ein, in der die „Empörung des amerikanischen Volkes über die Unterdrückung der Arbeiter in der Sowjetzone Deutschlands.“ zum Ausdruck gebracht wird.

Das Ausschussmitglied der acht Millionen britischen Gewerkschaftsmitglieder, gab eine Sympathieerklärung für die ostdeutschen Arbeiter ab.

Paris (DPA). In der großen nordfranzösischen Hafenstadt Le Havre ging das Büro der Kommunistischen Partei in Flammen auf.

Frankfurt/M. (AP). Angehörige der aufgelösten FDJ-Studentengruppe an der Frankfurter Universität versuchten, ihren Kommilitonen Sonderdrucke einer kommunistischen Zeitung mit Berichten über die Aufstände in Ostberlin und der Sowjetzone aufzudrängen. Die Studenten entrißen den Verteilern ganze Zeitungsstöße, warfen sie auf einen Berg zusammen und zündeten sie an.

Sympathie und Bewunderung

London (DPA). „Tiefe Sympathie und Bewunderung für die Arbeiter Ostberlins und der Sowjetzone“ sprach der Vorstand der britischen Labourpartei aus.

Auch der britische Gewerkschaftskongreß (TUC), das Füh-

„... so ging es bei uns los“

Augenzeugen berichten über den Aufstand in der Zone

Berlin (Eigenbericht). Aus allen Teilen der Sowjetzone haben Flüchtlinge, die nach Berlin kamen, von Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen berichtet. Der Aufstand in der Zone hat danach ein weit größeres Ausmaß erreicht, als anfangs bekanntgeworden war. Er erfaßte das ganze Land von Eisenach bis Görlitz.

Deutschland-Lied in den Leuna-Werken

Einen authentischen Bericht über den Beginn der Unruhen und Streiks in den Leuna-Werken gab ein Flüchtling, der der Streikleitung der Leuna-Werke angehörte.

Wie er sagte, hat der größte Teil der Belegschaft am Dienstagabend über die westdeutschen und Westberliner Sender von der Arbeitsniederlegung und den Demonstrationen im Ostsektor gehört. Die rund 18 000 Arbeiter der Tagschicht in den Leuna-Werken diskutierten bei Arbeitsbeginn über diese Demonstrationen. Die Arbeit wurde nicht aufgenommen.

Am Mittwoch sollte eine große Versammlung der Belegschaft mit einer Aussprache über die neuen Regierungsverordnungen stattfinden. Sie wurde jedoch von den SED-Funktionären nach Bekanntwerden der Unruhen im Ostsektor kurzzerhand abgeblasen.

Um 9 Uhr versammelten sich Tausende der Leuna-Arbeiter vor dem sogenannten Block 24, dem Hauptverwaltungsgebäude, und forderten, daß die festgesetzte Belegschaftsversammlung stattfindet.

Die Arbeiter bemächtigten sich der Werkrundfunkanlage, stürmten einen Funkwagen der Volkspolizei und entwaffneten Volkspolizei und Werkschutz. Sie sangen die dritte Strophe des Deutschlandliedes, rissen sämtliche Transparente von den Fabrikwänden und begrüßten lebhaft den vor kurzem von den Sowjets abgesetzten Werkdirektor, der zu seinen „Kollegen“ sprach. Er warnte vor unüberlegten Handlungen.

Der neue linientreue Direktor hatte sich sofort nach der Zusammenrottung der Arbeiter aus dem Werk entfernt.

Die Arbeiter stellten eine Streikdelegation zusammen und

proklamierten folgende Forderungen: Entwaffnung der Volkspolizei, freie gesamtdeutsche Wahlen, Entlassung von verhafteten sieben Betriebsangehörigen aus Bau 15, die dort Stalinbilder abgerissen hatten. Liquidierung des gesamten SED-Apparates im Werk, Entfernung aller Transparente und Wiederherstellung der Arbeitsnormen, wie sie 1945 bestanden.

Kurze Zeit darauf trafen Berichte in Leuna über das Verhalten der Belegschaft der Bunawerke ein. Eine riesige Marschkolonnen setzte sich in

Richtung Merseburg in Bewegung, wo sich die streikenden Arbeiter des Leuna- und Bunawerkes vereinigen wollten.

Am Mittwoch gegen 16 Uhr erschienen drei Lkw mit etwa 60 Rotarmisten und zehn Offizieren. Eine Delegation, bestehend aus drei Offizieren und zehn Sowjets bahnte sich einen Weg durch die Demonstration zum Hauptgebäude.

Im Laufe der Nacht wurde das gesamte Leuna-Werk von sowjetischen Einheiten besetzt. Panzer fuhren auf, Maschinengewehre wurden in Stellung gebracht und auch die Volkspolizei wieder bewaffnet.

Obwohl das Werk bereits besetzt war, erklärte ein Arbeiter über die Werkrundfunkanlage, daß man gewillt sei, das Werk anzuzünden, wenn die Sowjets nicht abziehen.

Brandenburg: Häftlinge befreit

In Brandenburg haben die demonstrierenden Arbeiter insgesamt 30 Häftlinge aus dem Justizgebäude befreit. Drei Volksstaatsanwälte wurden in die Zellen eingeschlossen.

Einzelheiten über den Aufstand in Brandenburg berichtete ein Flüchtling. Am 17. Juni zogen morgens um 8 Uhr die Arbeiter der Baunion und Stahlwerker in geordnetem Zug zur Thälmann-Werft. Die Werftbelegschaft schloß sich ihnen an. Beim Marsch durch die Stadt wuchs der Zug von Minute zu Minute. Man marschierte zum Schlepperwerk. Dort riefen die Arbeiter aus den Fenstern: „Wir können nicht heraus.“ Der Betriebsschutz hatte den Eingang versperrt. Er wurde von den Demonstranten beiseitegedrängt. Man marschierte weiter zur Bahn. Dort schlossen sich die Arbeiter an. Einige Volkspolizisten, die ihre Revolver zogen, wurden entwaffnet.

Dann stürmte man das Haus der SED-Kreisleitung. Die Bände der SED-Bibliothek floßen durch die Fenster.

Vor dem Amtsgericht in der Steinstraße wurden Polizisten, die den Eingang abzuriegeln versuchten, entwaffnet. Einen ganzen Wagen voll Bereitschaftspolizei kippte die Menge um. Vom Gefängnis schloßer holte man sich die Akten der Häftlinge und ließ dann dreißig politische Gefangene frei. Sie stürzten aus den überfüllten Zellen, fielen ihren Befreier um den Hals — und schlossen sich den Demonstranten an.

Als die Menge vor das Polizeipräsidium zog, stand sie dort einer starken Volkspolizei-Wachmannschaft gegenüber, die durch Einheiten der kasernierten Volkspolizei aus Potsdam verstärkt war.

Die Volkspolizisten eröffneten das Feuer auf die Menge. Ein Junge, ein Zimmermann und eine Frau wurden erschossen.

Die Demonstranten drangen trotzdem in das Gebäude ein. Darauf rückten sowjetische Truppen an. Am Abend wurde der Ausnahmezustand verhängt. Einheiten der Volkspolizei besetzten die Betriebe.

Magdeburg: Jubel an Interzonenzügen

Auch in Magdeburg kam es zu großen Demonstrationen, die zum Einsatz russischer Panzer führten. Ein Augenzeuge, der mit dem Interzonenzug aus Hamburg nach Berlin gekommen war, gab dem TAG darüber folgenden Bericht:

Vor dem Hauptbahnhof Magdeburg hielt plötzlich der Interzonenzug auf freier Strecke. Entlang den Schienen standen Tausende von Magdeburgern und winkten dem Zug jubelnd zu. „Auch bei uns in Magdeburg ruht ab heute früh die Arbeit“, sagten sie den Reisenden. Sie betonten: „Wir wollen endlich zu euch. Wir wollen freie Wahlen, damit wir dieses Gesindel los werden. Wir gehören zusammen und wollen nicht mehr getrennt werden. Wir wollen ebenso frei und ungezwungen uns bewegen können wie ihr. Vor allem wollen wir nichts mehr von diesen SEDisten wissen.“

Offensichtlich hatten die Menschen auf den Interzonenzug gewartet. Dieser fuhr langsam in den Magdeburger Hauptbahnhof ein. Auf den Bahnsteigen standen die Menschen Kopf an Kopf.

Vor dem Bahnhof waren russische Panzer aufgefahren. Nach den Aussagen der Magdeburger hat die Vopo auf dem Bahnsteig zwei Schüsse abgegeben. Seit Mittag 11.30 Uhr lagen in Magdeburg sämtliche Betriebe und Verkehrsmittel still.

Eine größere Gruppe von Männern versuchte einen auf einem Abstellgleis stehenden Gefängniswagen zu stürmen. Die Männer wurden von Vopos und Russen abgedrängt. Verschiedene Personen wurden verhaftet. Ob es gelungen ist, Gefangene aus diesem Waggon zu befreien, konnte nicht ermittelt werden.

Als der Zug fahrplanmäßig in Magdeburg abfuhr, kam es zu großen Kundgebungen. „Verlaßt uns nicht“, wurde gerufen.

Auf der Strecke nach Berlin wurden in allen kleineren Orten und Städtchen Menschengrup-

pen beobachtet, die ununterbrochen den Reisenden zuwinkten.

Görlitzer Gefängnis gestürmt

Polnische Grenzwachposten beobachteten vom östlichen Neißeufer aus mit ungewöhnlicher

Demonstrationen in Bukarest

Belgrad (DPA). Von Unruhen und Demonstrationen in Rumänien berichtet das jugoslawische KP-Organ „Borba“. Flüchtlinge hätten mitgeteilt, daß Arbeiter spontan gegen die kommunistische Regierung demonstriert haben. Insbesondere sei es in den Bukarester Grivitsa-Roshi-Metallwerken zu ersten Unruhen gekommen.

Die „Borba“ hebt hervor, daß ebenso wie in der Tschechoslowakei und in der Sowjetzone auch in Rumänien die Arbeiter an der Spitze der Widerstandsbewegung stehen.

Gegenwartskunde gestrichen

Berlin (Eigenmeldung). Bei den Abschlußprüfungen, denen sich in diesen Tagen die Schüler der achten Klassen aller Grundschulen in der Sowjetzone unterziehen müssen, ist die sogenannte Gegenwartskunde als Prüfungsfach gestrichen worden.

Als Begründung gaben Lehrer an, die Ereignisse der letzten Zeit machten eine grundsätzliche Revision in der Beurteilung der Entwicklung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der DDR erforderlich. Neue Anweisungen vom Ministerium für Volksbildung seien zwar angekündigt, aber noch nicht eingegangen.

Überfüllte Kirchen

Berlin (Eigenmeldung). Über die rege Teilnahme am religiösen Leben der katholischen Kirche in der Sowjetzone berichtete Bischof Weskamm nach

Aufmerksamkeit den Verlauf des Aufstandes, zu dem es am Mittwoch auch in dem zur Sowjetzone gehörenden Stadtteil von Görlitz kam. Dort stürmten streikende Arbeiter das SED-Parteihaus, ein Volkspolizeirevier und das Gefängnis.

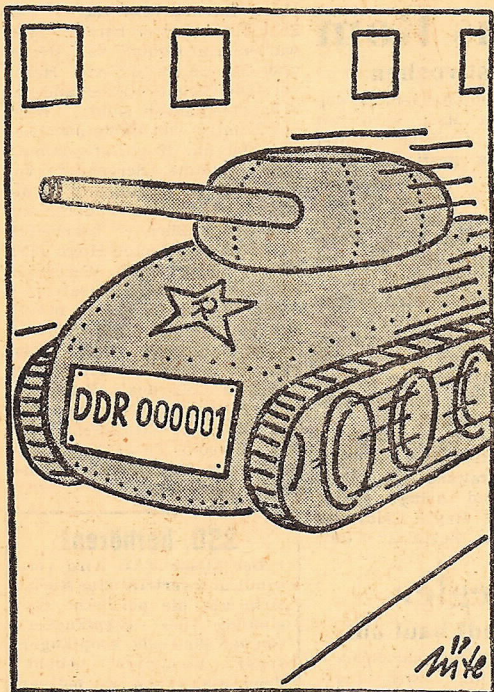
Ein Versuch, das Dienstgebäude des Staatssicherheitsdienstes zu besetzen, sich der dort liegenden Akten zu bemächtigen und Gefangene aus den Kellern herauszuholen, scheiterte.

Wien (DPA). Auch in Ungarn hat die KP jetzt mit der „Selbstkritik“ begonnen. Das KP-Zentralorgan „Szabad Nep“ erklärt in einem Leitartikel, daß „zahlreiche Partei- und Wirtschaftsführer sowie hohe Staatsfunktionäre die einfachsten Ansprüche der Werktätigen nicht mit der angemessenen Aufmerksamkeit berücksichtigen“. Mit dem Schlagwort „Produktion über alles“ würden die täglichen Sorgen und Ansprüche der Arbeiter abgewiesen.

seiner Rückkehr von einer Firmungsreise, die er im Anschluß an die Teilnahme bei der Bischofsweihe in Erfurt durchgeführt hatte. In Wittstock mußten zwei Gottesdienste im Freien abgehalten werden, um allen Gläubigen die Teilnahme zu ermöglichen.

Neuer Landesbischof

Berlin (Eigenmeldung). Die Generalsynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Sachsen wählte als künftigen Nachfolger des zur Zeit noch amtierenden Landesbischofs D. Hahn den Oberkirchenrat Lic. Gottfried Noth (Dresden). Der bisherige Landesbischof hatte aus Gesundheitsrücksichten im März dieses Jahres die Synode um die Wahl eines Nachfolgers gebeten. Während der Kampfmaßnahmen des Staates gegen die Kirche war der 67jährige jedoch auf seinem Posten geblieben.



Der neue Dienstwagen der Sowjetzonen-Regierung

Die „ausländischen Agenten“

Im Januar 1953 wurde in der Sowjetunion eine „terroristische Ärztegruppe entlarvt“, die angeblich führende Sowjet-Militärs hatte ums Leben bringen wollen. Die „Prawda“ berichtete: „Es wurde festgestellt, daß alle diese Ärzte bezahlte Agenten des ausländischen Spionagedienstes waren.“

Im April 1953 wurden dieselben Ärzte wieder freigelassen. Das Ministerium für innere Angelegenheiten der UdSSR erklärte: „Die Überprüfung hat ergeben, daß die Beschuldigungen falsch sind. Die Verhafteten sind von der gegen sie erhobenen Beschuldigung der Schädigungs-, Terror- und Spionagetätigkeit völlig rehabilitiert.“ Dafür wurden nun ihre Ankläger verhaftet.

Als die Ostberliner Arbeiter auf die Straße gingen, um Freiheit zu fordern, erklärten die

Sowjets und Pankow, der Aufstand sei „das Werk bezahlter ausländischer Agenten“. Was von derartigen Behauptungen zu halten ist, brauchen wir hier nicht mehr darzulegen. Es war spätestens im April 1953 aktenkundig.

In der Sowjetunion dauerte es drei Monate, bis die Verleumder, die die falschen Anschuldigungen erhoben, verhaftet waren...

Das war 1944...
... und jetzt?

„Die Reichsleitung hat eine Verfügung erlassen“, erzählte man sich kurz vor Ende des Krieges. „Wer danach zwei neue Parteimitglieder wirbt, darf selbst austreten. Wer fünf neue Parteimitglieder wirbt, bekommt sogar eine Bescheinigung von der NSDAP, daß er nie in der Partei gewesen ist.“

Nur flüstern ...

Selbst der Teufel!

Nachdem Stalin gestorben war, meldete er sich zunächst an der Himmelspforte bei Petrus und bat um Einlaß. Petrus prüfte genau und wies den Generalissimus dann ab:

„Du mußt in die Hölle.“

Stalin ging also in die Hölle. Man nahm ihn sofort auf, denn der Teufel hatte schon auf ihn gewartet.

Ein paar Tage später klopft es wieder an die Himmelstür. Diesmal steht der Teufel persönlich davor. Petrus wundert sich sehr: „Nanu — was willst du denn hier bei uns?“

Da hebt der Teufel bittend die Hände. „Weißt du noch, du hast mir doch den Stalin geschickt!“ jammert er, „ich bitte um Asyl als politischer Flüchtling.“

Die Volkszählung

Kurz nachdem der Aufstand in der Sowjetzone begonnen hatte und Grotewohl dringend sowjetische Panzer anforderte, kommt ein Telegramm aus Moskau: „Drahtet sofort, wie viele Deutsche in DDR leben, damit wir notwendige Truppenstärke berechnen können.“ Mit der gleichen Post trafen die ersten Propagandariichtlinien aus Karlshorst ein.

Grotewohl liest alles sehr genau.

Dann drahtet er zurück nach Moskau: „Kein Deutscher mehr in der DDR — Bevölkerung besteht aus 17 Millionen ausländischen Provokateuren!“

Löscharbeiten

In Leipzig haben sie noch ein paar rote Fahnen gefunden. Einer hält ein Streichholz daran — und schon brennt es. Da kommt ein Feuerwehrmann von der Volkspolizei mit einer Gießkanne und spritzt einen kräftigen Strahl ins Feuer.

„Du bist wohl auch so einer?“ sagt ein Arbeiter, „Scher dich weg und hör auf, zu löschen!“

„Wieso löschen?“ fragt der Feuerwehrmann, „Ich hab doch Benzin in der Kanne!“

Der Fahrplan

Ein Mann, der in einem der sowjetischen Satellitenstaaten an einer Eisenbahnlinie entlangkommt, sieht dort einen anderen auf den Schienen liegen.

„Steh doch auf!“ ruft er, „wenn ein Zug kommt, fährt er dich tot!“

„Darauf warte ich ja gerade.“ „Aber warum hast du dir dann zwei Brote mitgebracht?“

„Die brauche ich — denn bis hier ein Zug kommt, kann man glatt verhungern!“

Von Stockholm bis Rom

Das Programm der Berliner Festwochen

Mitten im Gedränge der Filmfestspiele wurde das Programm der zwischen dem 30. 8. und dem 27. 9. festgesetzten Berliner Festwochen bekanntgegeben. Die Zahl der Veranstaltungen wird etwas geringer sein als die im Vorjahr, sie werden aber von nicht minder bedeutenden Kräften getragen werden. Nur zwei auswärtige Ballette werden gastieren: das uns schon bekannte „American National Ballet Theatre“ und das Ballett der Königlichen Oper Stockholm.

Von Opernwerken sind „Hoffmanns Erzählungen“ in Rotts Inszenierung, „Götterdämmerung“ mit Astrid Varney als Gast und v. Einems „Prozeß“ (Deutsche Erstaufführung) in der Städtischen Oper vorge-

sehen. Das Opernensemble von Frankfurt am Main wird mit Herdemiths „Cadillac“ unter Soltis Leitung gastieren. Zwei Kammeroperen werden im Hebbeltheater als Neuheiten erscheinen: „Des Simplicius Simplicissimus Jugend“ von K. A. Hartmann und „Die Krönung der Poppäa“ von Monteverdi.

Im Titania-Palast wird es vier Orchesterkonzerte unter Karajan, Furtwängler, Fricsay und Rosbaud geben. Die Kammermusik wird von Gästen aus Rom, Paris, London und New York bestritten.

Das Schillertheater leitet die Festspielzeit mit Hölderlins Übertragung der „Antigone“ ein und bringt später unter Barlogs Regie Calderons „Richter von Zalamea“ (mit

Fritz Kortner als Gast). Das Schloßparktheater bereitet „Wir warten auf Godot“ von Becket und den „Schwejk“ von Hasek vor. Die Neuheiten der anderen Schauspielhäuser sind: „Wege des Zufalls“ von Grete Jacobsen (Theater am Kurfürstendamm), „Die stumme Serenade“ von Korngold (Uraufführung in der Komödie), „Maria Tudor“, eine von Georg Büchner bearbeitete Tragödie von Victor Hugo (Tribüne), „Das ewig Weibliche“ von Rehfish (Hebbeltheater).

Ein Wiener Ensemble mit Werner Kraus wird mit Shaws „Mensch und Übermensch“ gastieren, ferner das „Théâtre National Populaire“ mit Büchners „Dantons Tod“ und Molières „Geizigen“, und das „Piccolo Teatro“ in Mailand mit Goldonis „Diener zweier Herren“.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Großer Start der Segler

Wieder Kieler Woche — Eine Stadt baut auf

Kiel (Eigenbericht). Am Bug des Hafendampfers steht ein Kieler „Butjer“, so zehner Jahre alt, und spuckt mit leidlichem Erfolg gegen den Wind. Und das ist, mit Verlaub gesagt, symbolisch für das ganze Leben der Stadt Kiel.

„Kiel gehört zu den Städten, die ihre Entwicklung, das heißt, ihren Aufstieg und ihren Niedergang, in erster Linie den Aufgaben verdanken, die ihnen vom Reich gestellt wurden“, erklärte Oberbürgermeister Gayk kürzlich. Der Aufstieg: aus einem kleinen Nest von 17 000 Einwohnern, die man um 1860 zählte, waren 1914 rund 222 000 geworden, und 1939 hatte man fast die 300 000 erreicht. Der Grund zu diesem Aufblühen: Kiel war die „Kriegsmarine-Stadt“. Und heute?

Von der Schwentinemündung her hallt der Lärm der Howaldtwerke. Dort ist man mit Schiffbau-Aufträgen für gut zwei Jahre eingedeckt. Rohstoff-sorgen? Neulich holte man sich die Schiffsbleche aus Japan. Etwa 9000 arbeiten bei Howaldt. Ob man neue Hoffnungen auf eine neue Marine setzt?

Die NATO-Experten haben

bereits geplant: ein paar Sperrverbände, einige Sicherungsflottillen. Kiel wird also weiterhin „gegen den Wind spucken“.

Schlag Mitternacht vom Sonnabend zum Sonntag, dem 21. 6., hat der Kieler Oberbürgermeister, ein anerkannt tatkräftiger Mann, ein wenig militant kommandiert: „Heiß Flagge!“

Damit hat also wieder eine „Kieler Woche“ begonnen, vollgepfropft mit Empfängen, Vorträgen, Ausstellungen, Theateraufführungen und Regatten natürlich.

In der Hecksee unseres Hafendampfers dümpelt eine Piratenjolle. Ein Beispiel für den bescheidener gewordenen Zuschnitt der „Kieler Woche“. Und ein Beispiel, daß die „Kieler Woche“ heute auch den oft zitierten „kleinen (Segel-)Mann“ angeht.

Die Segler drücken der „Kieler Woche“ den Stempel des sportlichen „Fair play“ auf. Mit ihnen feiert die gesamte Stadt. Wäre das Wort nicht so abgegriffen — man könnte fast wieder von „Volksgemeinschaft“ schreiben; aber bleiben wir bei einem seemännischen Ausdruck: die Kieler beweisen wieder einmal ihren „Crew-Geist“.

Nach New York verpflichtet

Die ungarischen Ballettänzer Nora Kovats und Istvan Rab, die kürzlich über Westberlin flüchten konnten, sind für die kommende Saison nach New York verpflichtet worden.

Ein neuer Don Camillo

Guareschi hat den Fortsetzungsband zu „Don Camillo und Peppone“ fertiggestellt: „Don Camillo und seine Herde“. Die deutsche Ausgabe des Buches erscheint im Herbst im Otto-Müller-Verlag, Salzburg.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichenstr. 4. Tel. 9202 31.